

Ausschuß für Landwirtschaft,  
Forsten und Naturschutz  
55. Sitzung

13.12.1988  
he-sz

Er habe sich in seiner Stellungnahme auf die Pressemitteilung der F.D.P.-Fraktion und auf das Schreiben der beiden Abgeordneten Meyer (F.D.P.) und Neuhaus (CDU) an den Ausschußvorsitzenden bezogen, wiederholt Minister Matthiesen. Seine Kollegialität gegenüber diesen beiden Abgeordneten sei eine Sache.

Eine andere Sache sei eine politische Auseinandersetzung - wenn es gewünscht werde, auch öffentlich - über moralische Kategorien. Auch dazu sei er bereit.

Ein einem kurzen Dialog untermauern Abg. Dr. Linssen (CDU) und Minister Matthiesen jeweils ihre bereits dargelegten Standpunkte. Währenddessen wird es im Sitzungsraum zunehmend unruhiger.

Der Minister habe sich aber noch nicht zu der Meldung in der "Frankfurter Rundschau" geäußert, wirft Abg. Jacobs (CDU) ein.

Der Minister habe als Mitglied der Landesregierung Entscheidungen eines Gerichts weder zu kommentieren noch zu bewerten, stellt Minister Matthiesen klar, sondern administrativ rechtmäßig umzusetzen.

Das Urteil sei aber auch gar nicht Gegenstand seiner Erklärungen gewesen, sondern er habe auf Vorwürfe und Aussagen der Opposition reagiert. Für ihn sei das verbindlich, was er an die Presse gebe, und nicht das, was die Presse daraus mache.

Der Opposition sei es darum gegangen zu erfahren, präzisiert Abg. Jacobs (CDU), welche Konsequenzen aus dem OVG-Urteil zu ziehen seien, ob eventuell Schadenersatzansprüche auf das Land zukämen.

Zum wiederholten Male verdeutlicht Minister Matthiesen, er habe in der Presse auf eine ungeheure Anschuldigung in einer Pressemitteilung der F.D.P. vom 8. Dezember 1988 reagiert, bei der er, da die CDU in der Überschrift mit genannt gewesen sei, davon habe ausgehen müssen, daß es eine gemeinsame Pressemitteilung der Opposition sei.

(Widerspruch des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- Er nehme gern zur Kenntnis, daß die CDU sich nun davon distanzieren.

Selbstverständlich sei das nur eine Presseerklärung der F.D.P. gewesen, bestätigt Abg. Dr. Linssen (CDU); aus diesem Grunde bitte er den Minister, den summarischen Vorwurf gegenüber der Opposition differenziert gegenüber der CDU zurückzunehmen.